

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis.....	XVII
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Problemstellung.....	1
Erstes Kapitel: Der Sinn und Zweck des handelsrechtlichen Abschlusses als maßgebliches Kriterium für das Bilden von Bewertungseinheiten.....	8
A. Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung als Ausfluss hermeneutisch-teleologischer Ermittlungsmethoden	8
I. Rechtsnatur und Ermittlungsverfahren vor Verabschiedung des BilMoG.....	8
II. Rechtsnatur und Ermittlungsverfahren nach Verabschiedung des BilMoG	11
B. GoB im Wandel – Paradigmenwechsel durch das BilMoG?	14
I. Ausschüttungsbemessung als Primärzweck des handelsrechtlichen Abschlusses.....	14
II. Abkopplungsthese: Informationsvermittlung durch Anhangangaben	17
III. Reformierung des Handelsrechts durch das BilMoG	20
1. Aufwertung der Informationsfunktion	20
2. Neugewichtung der Vermögens- und Gewinnermittlungsprinzipien bei der Bewertung	22
2.1. Zurückdrängung der Objektivierungsprinzipien: Berücksichtigung künftiger Kosten- und Preisverhältnisse.....	22
2.2. Betonung der ökonomischen Vermögensermittlungskomponente: Abzinsungspflicht	23
2.3. Auswirkungen des BilMoG auf den Untersuchungsgegenstand der Arbeit	25

Zweites Kapitel: Die planmäßige Folgebewertung 27

A. Abgrenzung: Der Vermögensgegenstand als Nutzungs- und Funktionseinheit..... 27

I. Grundsatz der Einzelbewertung..... 27

II. Das Vorliegen von selbständigen Vermögensgegenständen 28

1. Vermögensgegenstandsbegriff nach bisheriger Rechtsprechung 28

2. Auswirkungen des BilMoG auf die Vermögensgegenstandskriterien..... 31

2.1. Einzelverwertbarkeit 31

2.2. Selbständige Bewertbarkeit 32

III. Abbildung des einheitlichen Nutzungspotentials als Bewertungseinheit..... 34

1. Einzelverkehrsfähigkeit als Trennungsmerkmal 34

2. Die dauerhafte (feste) Verbindung und das äußere Erscheinungsbild..... 35

3. Der einheitliche Nutzungs- und Funktionszusammenhang 39

IV. Einheitstheoretische Abgrenzung des Vermögensgegenstands..... 41

1. Der Geschäfts- und Firmenwert als Konglomerat an derivativen und originären Komponenten 41

2. Aufgabe der Einheitstheorie beim Geschäfts- und Firmenwert 44

3. Fortgeltung der Einheitstheorie beim Sach- und Finanzanlagevermögen 46

B. Bewertung: Auswirkungen der Objektabgrenzung nach dem „Nutzungs- und Funktionszusammenhang“ auf die Erst- und Folgebewertung 49

I. Anschaffungs- bzw. Herstellungskostendefinition..... 49

II. Bilanzierung nachträglicher Ausgaben..... 52

1. Abbruchkosten als Bestandteil der Anschaffungs- oder Herstellungskosten..... 52

1.1. Bilanzierung von Abbruchkosten nach der geltenden BFH-Rechtsprechung.....	52
1.2. Kritik an der Bilanzierung von Abbruchkosten.....	54
2. Zur Abgrenzung von Herstellungs- und Erhaltungsaufwand.....	58
2.1. Instandhaltungen.....	58
2.2. Erweiterung der Funktionsmöglichkeiten.....	60
2.3. Über den ursprünglichen Zustand hinausgehende Verbesserung.....	61
2.4. Die Bedeutung der Objektbegrenzung für die Unterscheidung zwischen Herstellungs- und Erhaltungsaufwand.....	63
III. Das Prinzip der einheitlichen Abschreibung.....	64
1. Die einheitliche Abschreibung und das Aktivierungsverbot von Erhaltungsaufwendungen – Vermeidung von Doppelerfassungen.....	64
2. Die einheitliche Abschreibung als Vereinfachungskonsequenz.....	67
C. Die einheitliche Abschreibung im Lichte der umsatzgebundenen Gewinnermittlung.....	69
I. Einfluss der Dynamik auf die Abschreibungsermittlung: <i>Schmalenbachs</i> am vergleichbaren Gewinn orientierte Bilanztheorie.....	69
II. Implikationen des Realisationsprinzips für die Abschreibungsermittlung.....	74
III. Einschränkung der periodengerechten Abschreibungsermittlung aufgrund von Objektivierungsgrundsätzen.....	75
D. Mögliche Ansätze zur Vermeidung der Negativfolgen einer einheitlichen Abschreibung.....	78
I. Anpassung der Abschreibung.....	78
II. Rechtslage vor BilMoG: Bildung einer Aufwandsrückstellung.....	79
1. Aufwandsrückstellung nach § 249 Abs. 2 HGB a.F.....	79
2. Mehrfachverursachung von Erhaltungsmaßnahmen.....	81
3. Verletzung von Gesellschafterinteressen.....	84

III. Restriktive Bewertungseinheiten als Ausdruck einer am Realisationsprinzip orientierten Folgebewertung	86
1. Komponentenansatz nach IDW RH HFA 1.016.....	86
2. Einklang mit den Gewinnermittlungsprinzipien.....	87
3. Einklang mit den Vermögensermittlungsprinzipien	89
4. Einklang mit dem Einzelbewertungsprinzip.....	92
5. Konflikt mit den Grundsätzen der Objektivierung und Vereinfachung.....	96
6. Auseinanderfallen von Steuer- und Handelsbilanz.....	98
6.1. Weiterentwicklung des Steuerrechts: Von der Atomisierung zur Gruppierung	98
6.2. Änderung der Maßgeblichkeit nach § 5 Abs. 1 EStG durch das BilMoG	100
7. Verbleibende Gestaltungsmöglichkeiten durch das Wahlrecht.....	101
Drittes Kapitel: Die außerplanmäßige Folgebewertung	103
A. Abgrenzung: Der Vermögensgegenstand als Verlusteinheit	103
I. Grundsatz der Einzelbewertung.....	103
II. Einheitstheoretische Abgrenzung des Verlustobjektes.....	108
III. Bilanzobjektübergreifende Kompensation	111
1. Berücksichtigung von wertbildenden Faktoren	111
2. Abkehr von einer formaljuristischen Betrachtungsweise bei schwebenden Geschäften	114
3. Zur Bildung von Bewertungseinheiten nach § 254 HGB.....	117
IV. Einbeziehung von bilanzobjektübergreifenden Bewertungsfaktoren in eine Bewertungseinheit nach § 254 HGB.....	119
1. Zusammenfassung von Gewinnchance und Verlustrisiko.....	119
2. Wirksamkeit von Bewertungseinheiten	121

3. Konkretisier- und Quantifizierbarkeit von Gewinnchance und
Verlustrisiko..... 124
4. Objektivierungsnotwendigkeit zur Vermeidung von willkürlichen
Zusammenfassungen: Dokumentations- und Nachweispflichten..... 126

**B. Bewertung: Auswirkungen einer funktionalen Verlustantizipation auf
die Bildung von Bewertungseinheiten..... 129**

- I. Die Bewertungseinheit im Lichte einer funktionalen
Verlustkonkretisierung..... 129
 1. Implikationen des Realisationsprinzips für die außerplanmäßige
Folgebewertung..... 129
 2. Implikationen des Imparitätsprinzips für eine verlustfreie
Bewertung..... 132
 3. Zur Abzinsungsfrage: Anforderungen einer am Sinn und Zweck
orientierten Ausschüttungsstatik..... 137
- II. Verlustfreie Bewertung von schwebenden Geschäften: Zum
Konkurrenzverhältnis zwischen außerplanmäßiger Abschreibung und
Rückstellungsbildung..... 140
 1. Vorrang der außerplanmäßigen Abschreibung bei drohenden
Verlusten..... 140
 2. Zum Verhältnis zwischen Drohverlust- und
Verbindlichkeitsrückstellungen im Hinblick auf den
Saldierungsbereich..... 143
 3. Vorrang der Verbindlichkeitsrückstellung als Grundsatz der
vollständigen Aufwandserfassung..... 147
- III. Abwertung von zur Veräußerung bestimmten Vermögensgegenständen 151
 1. Der beizulegende Wert bei außerplanmäßigen Abschreibungen nach
§ 253 Abs. 4 HGB..... 151
 2. Absatzpreis als Vergleichsmaßstab 153
 3. Beschaffungspreis als Vergleichsmaßstab bei Roh-, Hilfs- und
Betriebsstoffen..... 155

4. Kritik am „doppelten Niederstwertprinzip“ bei Handelswaren – Diskussion des Hopfenurteils	156
IV. Abwertung von zur eigenen Nutzung bestimmten Vermögensgegenständen	163
1. Der beizulegende Wert bei außerplanmäßigen Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 Satz 3 bzw. Satz 4 HGB	163
1.1. Absatzpreis als Vergleichsmaßstab	164
1.2. Ertragswert als Vergleichsmaßstab.....	167
a) Der beizulegende Wert als Ausdruck des Nettoeinnahmenpotentials	167
b) Werthaltigkeitstest nach IAS 36 als internationales Vorbild...	169
ba) Verlustbestimmung über Cash Generating Units	169
bb) Identifizierung einer Wertminderung	171
bc) Gefahr willkürlicher Verrechnungen	175
1.3. Abschreibungsverbot bei lediglich vorübergehender Wertminderung	178
a) Typisierung des Nettoeinnahmenpotentials anhand der Nutzungsdauer	178
b) Konflikt mit den Typisierungsgrundsätzen im Veräußerungsfall.....	184
c) Funktionales Verständnis einer dauerhaften Wertminderung	187
d) Zur Irrelevanz einer Typisierung anhand von Bandbreiten.....	188
2. Objektivierungsansätze bei Ertragszurechnungsproblemen	190
2.1. Beschaffungspreis als Vergleichsmaßstab.....	190
2.2. Beschaffungspreis als Wertobergrenze: A Role for Deprival Value?	197
2.3. Ausgeglichenheitsvermutung als Umkehr der Beweislast	202

Thesenförmige Zusammenfassung	206
Literaturverzeichnis	211
Rechtsprechungsverzeichnis	243
Quellenverzeichnis	251
1. Gesetze, Richtlinien und Verordnungen	251
2. Sonstige Verlautbarungen	252
3. International Accounting Standards and Framework	255